

Anfragen zum Plenum

in der 46. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Da der Bayerische Bildungsscheck als Pauschalzuschuss für die individuelle berufliche Fortbildung im Bereich Digitalisierung sowohl vom Europäischen Sozialfonds (ESF) als auch vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert wird, frage ich die Staatsregierung, in welchem Kapitel und Titel des aktuellen Haushalts diese Mittel in welcher Höhe aktuell veranschlagt sind und aus welchem Grund Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes keinen Anspruch auf diese Leistung erhalten?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie die personelle, organisatorische und finanzielle (aufgeschlüsselt nach Haushaltsposten) Ausgestaltung der „Cyberwehr Bayern“ ist, welche Kompetenzen sie genau erhält (bitte einzeln aufschlüsseln) und wie konkret neben dem Austausch mit dem Bund und den Landesbehörden ein Austausch mit den anderen Ländern geplant ist?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Stellenwert misst sie dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) und der im Vollzug dieses Gesetzes 1998 erstellten Leitlinie zur Nahverkehrsplanung in Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr bei, inwieweit hält die Staatsregierung beides noch für zeitgemäß, um die aktuellen Herausforderungen hin zu einer nachhaltigen Mobilitätswende zu bewerkstelligen, und ist ggf. eine Überarbeitung geplant (falls ja, bitte mit Angabe des Zeitpunkts und des Inhalts)?

Inge Aures
(SPD)

Angesichts des Ankaufs eines Bauabschnitts eines Stadtquartiers der ISARIA Wohnbau AG in München-Sendling (Hansastr. 10) durch die BayernHeim GmbH, frage ich die Staatsregierung, wie dieser Kauf von ca. 70 bereits fast fertiggestellter Wohnungen in Einklang mit der erklärten Zielsetzung der BayernHeim GmbH und des zuständigen Staatsministers zu bringen ist, neuen Wohnraum in Bayern schaffen zu wollen durch „Bauprojekte, [für die] zunächst staatliche Flächen genutzt werden, darüber hinaus aber auch Grundstücke von Städten und Gemeinden, Kirchen sowie privaten Eigentümern“, was mit den erwähnten Wohnungen ge-

schehen wäre, hätte die BayernHeim sie nicht angekauft und was mit den rund 600 m² Einzelhandelsfläche passiert, die von der BayernHeim GmbH im Paket mit den Wohnungen erworben wurde?

Markus Bayerbach (AfD),
Uli Henkel (AfD), **Gerd Mannes** (AfD), **Jan Schiffers** (AfD), **Ulrich Singer** (AfD)

Wir fragen die Staatsregierung, welche die bayerische Kommunalwahl 2020 betreffenden Vorschriften wurden seit der letzten Kommunalwahl 2013 geändert, welche materiellen rechtlichen Änderungen wurden hierbei vorgenommen und ab wann treten diese Änderungen in Kraft?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde die Sonderregelung für einen bayernweiten Parkausweis (dunkelblau) für Menschen mit Behinderung eingestellt, wie vielen Menschen wurde dieser Parkausweis insgesamt bewilligt und wie viele davon haben eine Zuerkennung eines Merkzeichens „aG“ (= außergewöhnliche Gehbehinderung) und somit einen internationalen, blauen Parkausweis erhalten?

Franz Bergmüller
(AfD)

Nachdem Artikel 17 der Richtlinie 2011/95/EU vom 13. Dezember 2011 mit Hilfe des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU vom 28. August 2013 in Gestalt der Absätze 1 und 2 in den § 4 des Asylgesetzes übertragen und die Option aus Absatz 3 der Richtlinie 2011/95/EU nicht in dieses Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU übertragen wurde, frage ich die Staatsregierung mit der Bitte um jeweils eine ausführliche Begründung, welche rechtlichen Möglichkeiten die Staatsregierung z. B. über eine Bundesratsinitiative hätte, mindestens einen Teil der in Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie enthalten Tatbestandsmerkmale in deutschem Recht zu verankern, wann sie bisher eine Initiative gestartet hat, um mindestens einen Teil der in Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie aufgeführten Tatbestandsmerkmale in deutschem Recht zu verankern, welche der nach Artikel 17 Absatz 3 möglichen „Straftaten“ die Staatsregierung mindestens als Hinderungsgrund für eine Gewährung für „subsidiären Schutz“ ansieht?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem laut Medienberichten ein am 12.10.2019 in Ellwangen/Baden-Württemberg verbotenes Rechtsrockkonzert kurzfristig nach Bayern in die Nähe von Bechhofen im Landkreis Ansbach verlegt werden sollte, frage ich die Staatsregierung, in welcher Verbindung die als private Geburtstagsfeier getarnte Veranstaltung mit dem verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk steht, ob die vorgesehenen Bands einen Bezug zu „Blood & Honour“ haben und welche Erkenntnisse die Staatsregierung über den Anmelder der Veranstaltung, [REDACTED] aus Ansbach, hat?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem zahlreiche ältere Windkraftanlagen technisch nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind, viele davon zudem in den nächsten Jahren aus der Förderung fallen und neue Windräder aufgrund der 10H-Regelung kaum mehr gebaut werden, frage ich die Staatsregierung, welche (genehmigungsrechtlichen) Auswirkungen die sogenannte 10H-Regelung in Bayern beim „Repowering“

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

(Ersatz von älteren durch leistungsstärkere Windkraftanlagen) hat, in welchen Fällen in Bayern das Repowering seit Inkrafttreten der 10H-Regelung durch sie verhindert wurde und bei wie vielen Windrädern in Bayern nach Informationen der Staatsregierung ein Repowering sinnvoll wäre?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung bezüglich der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr am 05.11.2019 von ihr angesprochenen Machbarkeitsstudie zu besseren schienenmäßigen Erreichbarkeit des Flughafens München, welches Planungsbüro erstellt die Studie, welche möglichen Verbesserungen werden in der Machbarkeitsstudie untersucht und welche Trassen werden in der Studie betrachtet und auf grundsätzliche Machbarkeit hin untersucht?

Michael Busch
(SPD)

Da die bayerischen Bezirke im Rahmen der Richtlinie der bayerischen Bezirke zur Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen) Mittel in Höhe von 1,190 Mio. Euro pro Jahr erhalten, frage ich die Staatsregierung, in welchem Kapitel und Titel des Haushalts des Freistaates Bayern diese Mittel in welcher Höhe aktuell veranschlagt sind und welchen Ansatz die Staatsregierung für diese Mittel im Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 vorsieht?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher rechtlichen Grundlage basierte die Sonderregelung für den bayernweiten Parkausweis (dunkelblau) für Menschen mit Behinderung, wie wurden die Informationen über die Abschaffung dieses Ausweises an Inhaber und Kommunen kommuniziert und welche Parkerleichterungen plant die Staatsregierung nun für schwerbehinderte Personengruppen mit Merkzeichen „G“ (= gehbehindert) und „B“ (= Begleitperson), die keine Zuerkennung für einen internationalen blauen Parkausweis erhalten haben?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die zentralen Ergebnisse der „AG Lehrkräftebildung“ des damaligen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Universität Bayern e.V., die bis Ende 2017 getagt hat, welche Ergebnisse daraus wurden bereits umgesetzt und wird es künftig wieder eine solche Arbeitsgruppe geben, um die Anliegen und die Expertise der Universitäten in diesem wichtigen Themenfeld einzubinden?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, treffen die Aussagen des Abgeordneten Fabian Mehring zu, dass das Innenministerielle Schreiben (IMS) vom 04.03.2019 (Vollzug des Ausländerrechts; Beschäftigung und Berufsausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten) nicht von allen Ausländerbehörden umgesetzt wird und damit ein Vollzugsdefizit vorliegt (<https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-abschiebungen-herrmann-wirtschaftsfluechtlinge-1.4661868>), wie viele Ausbildungen wurden bislang genehmigt (bitte nach Landkreisen, Regierungsbezirken und zentralen Ausländerbehörden getrennt auflisten) und wie möchte die Staatsregierung feststellen, dass das

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

IMS von allen Ausländerbehörden umgesetzt wird (bitte die genauen Prüfungsinstrumente auflisten)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unternehmensansiedlungen erfolgten durch Invest in Bavaria in den letzten fünf Jahren, wie verteilen sich die Ansiedlungen auf die einzelnen Regierungsbezirke und wie viele der angesiedelten Unternehmen seit Bestand von Invest in Bavaria sind immer noch in Bayern tätig?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung bereits im Koalitionsvertrag vom Oktober 2018 die Errichtung einer Landesagentur für Energie und Klimaschutz angekündigt hat, frage ich sie, wie ist der Stand der Umsetzung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz, wie viel finanzielle Mittel stehen für die Landesagentur pro Haushaltsjahr zur Verfügung und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vorgesehen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche neuen Entwicklungen gibt es aus der „AG Oberstufe“ des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zum Neustart des neunjährigen Gymnasiums seit dem Zwischenbericht vom 09.07.2019, insbesondere zur Ausgestaltung der Stundentafel, welche Informationen haben bereits die Schulleiterinnen und Schulleiter der bayerischen Gymnasien bei Informationsveranstaltungen zum neuen neunjährigen Gymnasium erhalten (mit der Bitte um Zusendung der vorgestellten Präsentationen und Unterlagen) und wie soll die Ausgestaltung der Leistungsfächer und der Seminare in der neuen Oberstufe erfolgen?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration den bayerischen Feuerwehren empfiehlt, Gebrauch von der Ende des Jahres 2019 auslaufenden Ausnahmegenehmigung für den Kauf von Fahrzeugen der Schadstoffklasse Euro V zu machen, obwohl ein solcher Lkw 30 Jahre lang hält und in diesem Zeitraum wesentlich mehr Abgase ausstößt als ein gleichwertiges Fahrzeug der Schadstoffklasse Euro VI und die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb e.V.) im Februar 2018 in einem Merkblatt bekannt machte, dass der „Einführung von Fahrgestellen mit Euro VI Motoren nichts im Wege“ steht?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da die Firma [REDACTED] nach meinen Informationen im Steinbruch im Thüngersheimer Wald, um den dort gewonnenen Kies zu waschen, drei Millionen Liter Grundwasser abpumpen möchte, wobei das Wasserauffangbecken des sogenannten Pumpensumpfes anscheinend tiefer als erlaubt angelegt wurde und es auch Hinweise darauf gibt, dass der Pumpensumpf einen Grundwasseranschluss hat, wobei es bei höherem Wasserstand zu einer Exfiltration, also zu einem Austausch zwischen Oberflächenwasser und Grundwasser kommen könnte, frage ich die Staatsregierung, wann öffentliche Stellen (wie z. B. die Staatsregierung, die Regierung von Unterfranken, das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg) von der nicht genehmigten Grundwasserentnahme Kenntnis

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

erlangt haben, wann zuletzt eine Prüfung des Betriebs im Hinblick auf Wassernutzung, Wasserentnahmen etc. stattgefunden hat (bitte mit Angabe von Datum, Prüfungsumfang und Prüfungsergebnissen) und wie sich der Grundwasserstand in Thüngersheim und Umgebung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Gebieten entlang des Maintals (mit Angabe der Grundwasserstände nach Jahren) entwickelt hat?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Firma J. M. Voith SE & Co. KG | VTBS angekündigt hat, ihren traditionsreichen und aktuell erfolgreichen Standort in Sonthofen zu schließen und damit viele wichtige Arbeitsplätze in der Region verloren gehen, frage ich die Staatsregierung, ob sie bereit ist, auf Staatsminister- oder Staatssekretärebene alle Beteiligten zur Rettung des Standorts Sonthofen an einen Tisch zu bringen, und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, durch staatliche Förderung von Forschungs- und Wissenstransfer vor Ort oder den Aufbau eines regionalen Innovationsnetzwerkes diesen Standort zu erhalten?

Harald Güller
(SPD)

Da durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs (Ausgleich der Steuerkraft der Länder künftig durch die Umsatzsteuer, kein horizontaler Ausgleich zwischen den Ländern mehr) Bayern im Jahr 2020 mit 1,3 Mrd. Euro entlastet werden soll, frage ich die Staatsregierung, von welcher tatsächlichen Entlastung im Jahr 2020 und jeweils in den Folgejahren geht die Staatsregierung aus, und wofür werden diese zusätzlichen Mittel im Jahr 2020 im Stammhaushalt bzw. im Entwurf des Nachtragshaushalts verwendet?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die in der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Gülseren Demirel, Johannes Becher, Markus (Tessa) Ganserer, Paul Knoblach, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Barbara Fuchs vom 05.02.2019 betreffend „ANKER-Einrichtungen in Bayern III“ (Drs. 18/1567) angekündigte Evaluation durchgeführt hat, welche Ergebnisse aus dieser Evaluation resultieren und wann das StMUK gedenkt diese durchzuführen, sofern die Evaluation noch nicht erfolgt ist?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die geringe Anzahl an erkundeten Altlasten im Regierungsbezirk Mittelfranken (ca. 5 Prozent der bayerischen Altlasten) erklären lässt, ob sie weiteren Erkundungsbedarf sieht und welche Auswirkungen nicht erfasste Altlasten auf die Umsetzung von Baumaßnahmen haben?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie plant sie, in Anbetracht der Schließung des Rinecker Proton Therapy Center in München Betroffenen in Bayern weiterhin die Möglichkeit zu gewährleisten, eine Protonentherapie in Anspruch nehmen zu können, kennt die Staatsregierung Pläne bzw. konkrete Vorhaben von Universitäten in Bayern, die Protonentherapie aufzunehmen und welche finanziellen Förderungen, auch bundesweit, könnten genutzt werden?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Vor dem Hintergrund der angekündigten 600 Mio. Euro Investition von Google in ein klimaneutrales Rechenzentrum in Finnland frage ich die Staatsregierung, ob sie die Möglichkeit sieht, in geeigneten kühleren Regionen Bayerns klimaneutrale Rechenzentren zu errichten, ob die geeignete analoge und digitale Infrastruktur hierfür zur Verfügung stehen würde und ob seitens der Staatsregierung Pläne existieren, Internetkonzerne, die einen hohen Bedarf an Serverleistungen haben, gezielt nach Bayern anzuwerben?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird, falls der nachstehend genannte Gesetzentwurf in der derzeit vorliegenden Form beschlossen wird, die Regelung im Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“ (BT-Drs.19/10899), dass, wenn Schäden bei Nutztierissen durch einen Wolf keinem bestimmten Wolf eines Rudels zugeordnet worden sind, der Abschuss von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels in engem räumlichem und zeitlichem Zusammenhang mit bereits eingetretenen Rissereignissen auch ohne Zuordnung der Schäden zu einem bestimmten Einzeltier bis zum Ausbleiben von Schäden fortgeführt werden darf (Art. 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs bezüglich § 45a Abs. 2 Satz 1 – neu), aus Sicht der Staatsregierung auch dann gelten, wenn die gerissenen Nutztiere nicht mit Herdenschutzmaßnahmen geschützt waren und wird diese Regelung auch angewandt, falls bei Nutztierissen mit geringer Wahrscheinlichkeit ein Hund als Verursacher nicht ausgeschlossen werden kann und wann tritt die Bayerische Förderrichtlinie zum Herdenschutz in Kraft?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe gibt es in Bayern, dass transidente Personen in Haft in den Bereichen untergebracht werden, die nicht ihrer Geschlechtsidentität und/oder geänderten Personenstand, sondern ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht entsprechen (siehe aktuell Berichterstattung Fall ████████ in der Justizvollzugsanstalt Stadelheim Männerabteilung), welche Entscheidungsbefugnis hat das Personal in Justizvollzugsanstalten in der Unterbringung, wenn der Personenstand im Gegensatz zu Namen und äußerer Erscheinung noch nicht geändert wurde und welche Maßnahmen hält die Staatsregierung für zielführend, um eine Unterbringung von transidenten Personen gemäß ihrer Geschlechtsidentität zu gewährleisten?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen Luft- und Raumfahrt sowie Satellitentechnologien im Rahmen der sogenannten Hightech Agenda an der Technischen Universität München, in Oberpfaffenhofen und in Augsburg gefördert werden, nicht aber in Würzburg, obwohl am Zentrum für Telematik und an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg seit mehr als zehn Jahren sehr erfolgreich anwendungsorientierte Forschung und Industriekooperationen stattfinden, wie die Förderung der Luft- und Raumfahrt sowie der Satellitentechnologien in Würzburg künftig geplant ist und ob angedacht ist, eine dauerhafte Grundförderung in Würzburg am Zentrum für Telematik und an

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

der Julius-Maximilians-Universität Würzburg unabhängig von der sogenannten Hightech Agenda einzurichten?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie vielen öffentlichen Gebäuden, die in der Verantwortung des Freistaates Bayern liegen (Staatsministerien, Behörden, Landesanstalten u. ä.), sind Photovoltaik-Anlagen installiert, auf wie vielen dieser Gebäude, auf denen noch keine Photovoltaik-Anlage installiert ist, wäre dies nach Einschätzung der Staatsregierung grundsätzlich möglich und auf wie vielen dieser Gebäude ist eine Photovoltaik-Anlage bereits geplant oder im Bau?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Daten liegen ihr zur Bestandsgröße, Verdrängung heimischer Flohkrebsarten, Verbreitung und Standorte des Großen Höckerflohkrebs (*Dikrogamma villosus*) vor?

Paul Knobloch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Schadstoffparameter wird der Niederschlag, der auf Straßen (Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen) in Bayern fällt und über Auffangbecken in Gewässer abgeleitet wird, untersucht, wo wurden in den letzten drei Jahren in Unterfranken Grenzwertüberschreitungen festgestellt und bei welchen Behörden werden diese Daten erfasst?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann und von wem und auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Rodungsgenehmigung für die Flächen erteilt, die für den Bau eines Gymnasiums und einer Sportanlage in Kirchheim vorgesehen sind, für die jedoch noch kein gültiger Bebauungsplan erstellt ist?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum sind beim angekündigten 365-Euro-Ticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler zunächst Studierende ausgenommen, ab wann wird das 365-Euro-Ticket auch für diese Gruppe gelten und welche Berechtigungsgrenze ist für die Berechtigten vorgesehen (bitte mit Angabe von Alter und Ende der Ausbildung)?

Sebastian Körber
(FDP)

Nachdem sich der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart, am 23.10.2019 offenkundig im Namen der Staatsregierung im Plenum zur Grunderwerbsteuer, unter Angabe eines konkreten Freibetrags in Höhe von 800.000 Euro, äußerte, frage ich die Staatsregierung, ob bereits Bundesratsinitiativen seitens der Staatsregierung eingebracht wurden (unter Angabe von Drucksache, Formulierungsvorschlag und der vorgeschlagenen Höhe des jeweiligen Freibetrags), die einen Freibetrag zur Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Wohnimmobilien vorsahen, welche Personengruppen von einem Freibetrag profitieren würden (bitte Voraussetzungen hierfür mit angeben) und wie hoch der geplante Freibetrag der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Wohnimmobilien wäre?

Andreas Krahel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Zahlen bezüglich Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau in den letzten

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

fünf Jahren entwickelt (bitte nach Alter und Geschlecht der Betroffenen aufschlüsseln), welche Ursachen sieht die Staatsregierung für die Entwicklung und welche Handlungsbedarfe ergeben sich für die Staatsregierung aus der Entwicklung der Fallzahlen?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass es im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Überlegungen bzw. Bestrebungen gibt, die dreisemestrige landwirtschaftliche Fachschule (Winterschule) durch eine einjährige Vollzeitschule zu ersetzen, und wenn ja, wie weit sind diese Pläne fortgeschritten und gibt es hier noch (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie das unter anderem im BR am 09.11.2019 (<https://www.br.de/nachrichten/kultur/dieter-borchmeyer-verteidigt-festschrift-fuer-verurteilten-mauser,RhDtRi9>) im Deutschlandfunk am 29.10.2019 (https://www.deutschlandfunkkultur.de/der-fall-siegfried-mauser-eine-festschrift-fuer-einen.2177.de.html?dram:article_id=462121), in der „Süddeutschen Zeitung“ am 25.10.2019 (<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-siegfried-mauser-musikhochschule-sexuelle-noetigung-1.4656242>) besprochene Vorwort der Festschrift zum 65. Geburtstag Siegfried Mausers bewertet, wie sie den durch die darin enthaltenen Formulierungen entstandenen Imageschaden für die Bayerische Akademie der Schönen Künste und die Hochschule für Musik und Theater München bewertet und welche konkreten Maßnahmen sie unternimmt, um diesen Imageschaden abzuwenden?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Kontext der Berichterstattung (16.10.2019) aus der Ortausgabe der „Augsburger Allgemeinen“ zur Stadtratssitzung in Höchstädt an der Donau vom 14.10.2019, in dem der Bürgermeister mit Bezug auf den Bau der Ortsumgehungsstraße der B 16 bei Höchstädt und der Prüfung der Ausweisung eines Wasserschutzgebietes im selben Gebiet mit den Worten „Bis ein Wasserschutzgebiet neu festgesetzt ist, kann es vier Jahre dauern. Aber parallel kann man die Straße weiter planen.“ zitiert wird, frage ich die Staatsregierung, befürwortet sie die Tatsache, dass hier ohne Rechtssicherheit auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weiter eine Straße geplant werden soll, die bei Ausweisung eines Wasserschutzgebietes in dieser Form gar nicht gebaut werden kann, wie schätzt die Staatsregierung dieses Vorgehen aus rechtlicher Sicht ein, und welche Maßnahmen plant sie, damit die notwendigen Planungen erst nach dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens zur möglichen Ausweisung eines Wasserschutzgebietes durchgeführt werden?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezug nehmend auf die Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage betreffend „Wohnungsbestand der BayernHeim“ vom 27.09.2019 und die Aussage des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart, gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11.09.2019 (Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-wohnungsgipfel-lockerung-bauordnung-1.4596130>) frage ich die

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Staatsregierung, ob es zutrifft, dass von den inzwischen über 2.000 Wohnungen der BayernHeim GmbH die Hälfte (ca. 1.000 Wohnungen) zugekauft sei, wenn ja, wo sich diese befinden und wenn nein, worauf sich diese Aussage von Staatsminister Dr. Hans Reichhart dann bezogen hat?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund aktueller Recherchen des Bayerischen Rundfunks über die Mitgliedschaft eines Polizeibeamten aus einer Spezialeinheit der Bayerischen Polizei im Verein UNITER e.V. frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die Aktivitäten des ehemaligen Bundeswehrsoldaten und Mitglieds im „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) und jetzigen Polizeibeamten im „UNITER-Netzwerk“ vorliegen, ob der besagte Polizist Kontakte zu den Administratorinnen und Administrator der Chatgruppen „Nordkreuz“ und „Südkreuz“ hatte und wie die Staatsregierung vor dem Hintergrund des laufenden Ermittlungsverfahrens der Generalbundesanwaltschaft die Mitgliedschaft bayerischer Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Verein bewertet?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der aktiven Imker, der Mitglieder in den Imkerei-Vereinen sowie Kreisverbänden und der Bienenvölker in Bayern entwickelt (bitte auflisten unterteilt nach den Regierungsbezirken und im direkten Vergleich der Jahre 2017 bis 2019)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nach den Ankündigungen der Staatsregierung vom Juli 2019, die Nationalparkbasisstraße zur Realisierung der zugesagten Sanierung temporär in Sonderbaulast des Freistaates zu übernehmen, frage ich die Staatsregierung, wie sich der aktuelle Umsetzungsstand darstellt (bitte unter Nennung bisher eingeleiteter und noch notwendiger Schritte mit Zeitplan), ab wann hieraus folgend mit einem Planungs- und Sanierungsbeginn gerechnet werden kann und ob es bereits Klarheit darüber gibt, wie die Planung bzw. Sanierung der Nationalparkbasisstraße finanziert wird (insbesondere hinsichtlich der Verortung in einem bestimmten Einzelplan)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zukunftsperspektive die Kleingärtenanlagen auf dem im Eigentum des Freistaates befindlichen Areal des ehemaligen Nürnberger Südbahnhofes haben, wie der Freistaat die Weiterentwicklung dieser Flächen plant und ob den Pächtern der Kleingärtenanlagen ggf. Ausgleich angeboten wird, sollten diese in der Neubepflanzung nicht mehr vorgesehen sein?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie Möglichkeiten, bei dienstlichen Flugreisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes eine Form von Kompensationsleistungen (monetär oder anders) für die dadurch entstandene CO₂-Emissionen zu erbringen und wenn nein, welche Änderungen der bisherigen rechtlichen Grundlagen wären aus Sicht der Staatsregierung nötig (bitte unter Angabe aller entsprechenden Grundlagen), um eine solche Kompensationszahlung zu ermöglichen?

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihren Kenntnissen zufolge beabsichtigt, in absehbarer Zeit die Straßenmeisterei Ebersberg wesentlich aus- bzw. umzubauen, aufzulösen oder zu verlegen, welche Überlegungen gibt es bei einer Auflösung oder Verlegung, das Eigentum an der derzeit genutzten Fläche aufzugeben, und auf welchen Standort soll die Straßenmeisterei ggf. umziehen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Übergriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte in Bayern wurden seit 2017 verübt (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wann haben sich im Jahr 2019 die Delikte in Bayern ereignet (bitte nach Tatort und rechtsextremistischem Hintergrund mit ja bzw. nein aufschlüsseln) und wie hoch waren die jährlichen Aufklärungsquoten?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Stand der Verstetigung des im Schuljahr 2017/2018 gestarteten Modellvorhabens Medientutorinnen und -tutoren an den drei bayerischen Modellschulen (angekündigt zum Schuljahr 2018/2019) ist, wann sie gedenkt dieses bayernweit auszurollen und welche Mittel für dieses Vorhaben vorhanden sind (bitte aufschlüsseln nach Fortbildungs- und Materialkosten)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan am 06.11.2019 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten und die Zahl der anwaltlichen Vertretungen auflisten), warum musste bei zwei Personen quasi in letzter Minute und durch zahlreiche Interventionen von der Abschiebung abgesehen werden, obwohl die Staatsregierung immer wieder antwortet, dass die Abschiebung nach einer „Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls“ (siehe die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Gülseren Demirel in der 26. KW 2019, Drs. 18/2752) erfolgt und ist für ausnahmslos alle Zurückgeführten eine Ankunftsbetreuung mit kostenloser Unterbringung für bis zu zwei Wochen incl. medizinischer Erstbetreuung und psychosozialer Beratung gewährleistet (durch IMO und IPSO)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Morddrohungen gegen die GRÜNEN-Politiker Cem Özdemir und Claudia Roth frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die rechtsextremistische Gruppierung „Atomwaffendivision Deutschland“ vorliegen, ob es Verbindungen des deutschen Ablegers zur amerikanischen Neonaziorganisation „Atomwaffen Division“ gibt, die in den USA für mehrere Morde verantwortlich gemacht wird, und ob die Staatsregierung Hinweise auf Aktivitäten der Organisation in Bayern hat (bitte einzeln auflisten)?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie vielen öffentlichen Gebäuden in Nürnberg, für die der Freistaat Bayern verantwortlich ist (Staatsregierung, Landesbehörden, Hochschulen etc.), Photovoltaik

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

ik-Anlagen installiert sind, auf wie vielen dieser Gebäude dies nach Einschätzung der Staatsregierung grundsätzlich möglich ist und auf wie vielen dieser Gebäude eine Photovoltaik-Anlage bereits geplant oder im Bau ist?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, werden Feldraine – bis zu einem Meter Breite – von der landwirtschaftlich genutzten Fläche, für die Direktzahlungen bezahlt werden, abgezogen, falls nein, werden die landwirtschaftlichen Betriebe bei Mehrfachanträgen aktiv darauf hingewiesen, dass es keine negative Auswirkung auf die Direktzahlung gibt und gibt es eine Aufforderung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe, Feldraine zu schaffen, um die Ziele des gesetzlich verankerten Volksbegehrens zu erreichen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Planungsstand befinden sich die 16 einzelnen Planungsabschnitte für den Ausbau der A 8 von München bis zur Bundesgrenze (Projektnummer A008-G010-BY), für den die Bayerische Straßenbauverwaltung laut Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ekin Deligöz an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BT-Drs. 19/14661, S. 60 und 61) zuständig ist, welche Kosten werden durch die bisherige Planung durch externe Planungsbüros in den jeweiligen 16 Planungsabschnitten verursacht und wie hoch werden die Baukosten der jeweiligen 16 Planungsabschnitte veranschlagt?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird die vom Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, im Juli 2019 angekündigte Förderrichtlinie für Tierheime veröffentlicht, wie ist diese ausgestaltet und wie genau soll diese Richtlinie die Situation der Tierheime in Bayern verbessern?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die „Hightech Agenda Bayern“ frage ich die Staatsregierung, wie viele zusätzliche Studienplätze für Informatik im Rahmen der Investitionsoffensive an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg geschaffen werden sollen, welche Ressourcen der Universität dafür und für den Ausbau des Studienschwerpunkts „Künstliche Intelligenz“ bereitgestellt werden (Gelder und Personalstellen) und welchen Zeitrahmen die Staatsregierung hierfür vorsieht?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Förderung nach Nr. 2.5.2.1 der Richtlinie für die Förderung im „Bayerischen Netzwerk Pflege“ in den letzten zehn Jahren beim Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eingegangen sind und wie viele der antragsstellenden Fachstellen eine Erhöhung der Förderpauschale durch eine räumliche Anbindung an einen Pflegestützpunkt erhalten haben (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Bezirk und Jahr)?

Diana Stachowitz
(SPD)

Nachdem die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber, im Frühsommer 2019 angekündigt hat, dass bis zum Jahr 2028 die Pestizidanwendungen halbiert

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

	werden sollen, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen wurden seither diesbezüglich erarbeitet, welche Kennzahlen werden zu Grunde gelegt und welche Maßnahmen sind zukünftig geplant, um das Ziel der Staatsministerin zu erreichen und den Pestizidverbrauch zu halbieren?
Rosi Steinberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Hochschule für angewandte Wissenschaft (HAW) Landshut mit Personal und Mitteln je Studierender bzw. Studierenden ausgestattet im Vergleich zu HAW vergleichbarer Größenordnung (z. B. Coburg oder Ingolstadt)?
Dr. Simone Strohmayr (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die durchschnittlichen Mehrkosten, die durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz für die Kommunen entstehen (bitte aufgeschlüsselt nach gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?
Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nachdem im Sektor Wärme in Bayern die höchsten CO ₂ -Emissionen entstehen, weshalb im 10.000-Häuser-Programm der Programmteil EnergieSystemHaus zum 31.01.2020 eingestellt werden soll, frage ich die Staatsregierung, ob sie der Meinung ist, dass bei langjährigen Planungsvorhaben im Bereich Gebäudesanierung ein kurzfristiges Aussetzen von Förderprogrammen zielführend ist und wann vergleichbare Förderprogramme zur Einsparung von CO ₂ -Emissionen im Sektor Wärme aufgelegt werden?
Arif Taşdelen (SPD)	Nachdem im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 09.10.2019 ein Antrag angenommen wurde, der eine Änderung der Bestattungsverordnung dahingehend vorsieht, dass eine sarglose Bestattung aus religiösen und weltanschaulichen Gründen künftig möglich ist, frage ich die Staatsregierung, wann die Bestattungsverordnung entsprechend geändert wird und ob die Friedhofsträger für die Umsetzung der sarglosen Bestattung ihre Satzungen ändern müssen?
Anna Toman (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie eine Reduzierung der Stundentafel an Grund- und Mittelschulen nach dem Vorbild Sachsens ein, wird eine Reduzierung der Stundentafel zum Erhalt der Unterrichtsqualität und zur Entlastung der Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen in Betracht gezogen und welche weiteren kurzfristigen Maßnahmen, auch beamtenrechtliche, werden in Betracht gezogen, um den Unterricht an Grund- und Mittelschulen zu gewährleisten?
Gabriele Triebel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, inwiefern werden andere Religionen (Inhalte, Lebensweise und Geschichte) laut Lehrplänen in den jeweiligen Religionsunterricht thematisiert, in welcher Form sind religionskundliche Inhalte, also die Annäherung an Religion und Weltanschauung aus einer religionsübergreifenden, wissenschaftlichen Perspektive, in den Lehrplänen verankert und welche Arten eines interreligiösen Dialogs sind laut Lehrplänen vorgesehen (bitte aufschlüsseln nach Schulformen, Jahrgangsstufen und

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Religionsunterricht, wie Katholische Religionslehre, Evangelische Religionslehre, Orthodoxe Religionslehre, Israelitische Religionslehre, Alt-Katholische Religionslehre sowie den Modellversuch Islamischer Religionsunterricht)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Forschungsinstitutionen kommen ihrer Ansicht nach infrage für den Auftrag der gemäß dem Beschluss auf Drs. 18/4640 durchzuführenden Studie zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes durch alternativmedizinische Verfahren und homöopathische Präparate, welches Forschungsdesign könnte einen möglichen zusätzlichen medizinischen Nutzen valide untersuchen und mit welchen forschungsethischen Fragen und/oder Hindernissen ist dabei zu rechnen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann und in welcher Form wird der vom Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 20.09.2018 im Rahmen einer Pressekonferenz angekündigte Zuschuss in Höhe von bis zu 18 Mio. Euro für die Sanierung des Volksbads in Nürnberg ausgeschüttet und aus welchem Etat wird dieser Betrag entnommen?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Schulden der bayerischen Landkreise nach Abschluss des Jahres 2018 (bitte nach Regierungsbezirk, Schuldenstand und Landkreis auflisten), wie hoch waren die Schulden der bayerischen kreisfreien Städte nach Abschluss des Jahres 2018 (bitte nach Regierungsbezirk, Schuldenstand und kreisfreier Stadt auflisten) und wie hoch waren die Schulden der bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden, welche als Mittelzentrum bzw. Oberzentrum bezeichnet werden, nach Abschluss des Jahres 2018 (bitte nach Regierungsbezirk, Schuldenstand und betreffende Gemeinde auflisten)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mittel flossen seit 2015 jährlich aus dem Staatshaushalt an die Regionalen Planungsverbände (bitte nach Jahren und Regionalem Planungsverband auflisten), welche Regionalen Planungsverbände haben bereits Konzepte zum sparsamen Umgang mit Fläche entwickelt (bitte Regionale Planungsverbände auflisten und Konzepte – soweit vorhanden – zur Verfügung stellen), und welche Regionalen Planungsverbände haben sich im jüngsten Anhörungsverfahren zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes zur Einführung einer Richtgröße zur Begrenzung des Flächenverbrauchs geäußert (bitte Stellungnahmen jeweilige benennen oder zusammenfassen)?